

26. VII. 1917

133

Die Gewerkschaften gegen die Mietsteigerung und die Kohlennot. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der von den Groß-Berliner Hausbesitzern beschlossenen Mietsteigerung und mit der Kohlennot beschäftigt. Bezüglich der Mietsteigerung kam man überein, eine Eingabe an den Oberkommandierenden in den Marken abzufassen und darin darzulegen, daß weite Kreise der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins unter der Mietsteigerung von 10 v. H. und mehr gerade gegenwärtig sehr leiden würden. Die Hausbesitzer seien bestrebt, eine Notlage auszunutzen, die sich aus den Umzugsschwierigkeiten und der gegenwärtigen Teuerung für neu anzuschaffende Wirtschaftsgegenstände ergeben. Der Bundesrat soll um Unterstützung dieser Bestrebungen durch die Gewerkschaftskommission gebeten werden. Es soll darauf hingewiesen werden, daß die Hausbesitzer bezüglich der Hypotheken gesetzlich geschützt seien, und die Gemeinden den den Hausbesitzern entstehenden Mietausfall zum größten Teil decken. In bezug auf die Kohlennot gab der Berichterstatter, Stadtoerordneter Ritter, der Meinung Ausdruck, daß an der Not im vergangenen Winter das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat wesentlich Schuld trage, das gegen Berlin wegen der bisherigen Deckung aus englischen Sechen voreingenommen sei. Die Syndikatsfirmen hätten gegenwärtig etwa 1½ Millionen Tonnen zur Verfügung, nach Berlin komme davon aber nur ein geringer Teil. In städtischen Kreisen spreche man bereits davon, daß im Oktober oder November den kleinen Verbrauchern Gas nicht mehr geliefert werden könne, wenn nicht bis dahin die Versorgung der Gasanstalten mit Kohlen sehr erheblich verbessert worden sei. Die Gewerkschaftskommission will die zuständigen Stellen ersuchen, zur Beratung über die Kohlenfrage auch Arbeitervertreter hinzuzuziehen, wie dies bereits bezüglich der Lebensmittelverteilung der Fall ist.